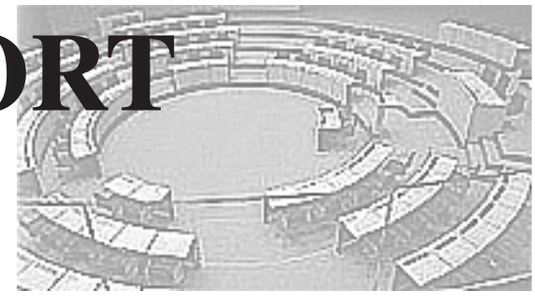
PARLAMENTSREPORT

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag



Wer Elterngeld bei Hartz IV streicht, es aber der Millionärsgattin lässt…

Weitere Reaktionen aus Thüringen und der Linksfraktion zum Spar- und Kürzungspaket

Selbst in den eigenen Reihen hat das schwarz-gelbe Spar- oder vielmehr Kürzungspaket reichlich Kritik ausgelöst. Besonders die Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger stößt allseits auf Empörung. Die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht erklärte dazu: „Wenn der Staat meint, genau bei dieser Gruppe besser zu wissen, was für die Kinder gut ist, dann ist das schon der Diskussion wert."

Bodo Ramelow, Fraktionschef der LINKEN im Thüringer Landtag, wurde deutlicher: „Wer das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger streicht, es aber der Millionärsgattin lässt, der hat nichts verstanden von den Grundlagen unserer Gesellschaft." Beim Widerstand gegen diese Maßnahmen gehe es auch „um nicht mehr und nicht weniger als den Kampf um den Erhalt des Sozialstaates".

Die Kürzungen betreffen verschiedene arbeitsmarktpolitisch, sozial und ökologisch wichtige Bereiche. Bereits im Vorfeld der Verkündung des Sparpakets hatte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt vorgeschlagen, dass die Ausgaben für Arbeitslose um sechs Milliarden Euro gekürzt werden sollten – allein 1,5 Milliarden Euro ließen sich bei älteren Arbeitslosen sparen, wenn diese nur noch zwölf Monate Arbeitslosengeld I bekommen. Auch das höhere Arbeitslosengeld für Arbeitslose mit Kindern müsse gestrichen werden. Ina Leukefeld, die arbeitsmarktpolitische der Linksfraktion, hatte dies als unfassbar und zynisch zurückgewiesen. „Hundt lässt die Katze aus dem Sack, wenn er entgegen den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, das kürzlich eine Überprüfung der Hartz-IV-Leistungen und höhere Regelsätze gefordert hatte, jetzt genau das Gegenteil forciert", hatte die LINKEN-Politikerin betont.

Heiz- und Nebenkosten werden zum Armutsrisiko

Dass man den großen Rotstift beim Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger ansetzt, ist für MdL Heidrun Sedlacik auch mit Blick auf das gegenwärtige Europäische Jahr gegen Armut und Ausgrenzung „völlig inakzeptabel". Sie forderte, dass das Wohngeld endlich wieder einen verlässlichen Beitrag zur Entlastung einkommensschwacher Haushalte leistet und verwies auf die ca. 40.000 Haushalte in Thüringen, die 2009 Wohngeld bezogen. „Dabei entwickeln sich die Heiz- und Nebenkosten immer mehr zu einem Armutsrisiko und bringen einkommensschwache Haushalte in existentielle Bedrängnis", so die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Um die Hälfte gekürzt werden sollen auch die Mittel für die Städtebauförderung u.a. in den Programmen Soziale Stadt, Stadtumbau Ost und für die energetische Wohnungsbausanierung. Dies sei „nicht nur stadtentwicklungs- und sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch fatal", betonte Heidrun Sedlacik. Jeder investierte Euro in der Städtebauförderung löse Folgeinvestitionen von acht Euro aus, „bei Energieeffizienzmaßnahmen haben wir sogar einen Multiplikator von neun". Städtebauförderung ist damit ein Konjunkturprogramm, das Arbeitsplätze schafft", sagte die LINKEN Politikerin.

Dass auch die Deutsche Bahn mit 500 Millionen Euro ab 2011 am Sparpaket beteiligt wird, stößt bei MdL Dr. Gudrun Lukin auf Kritik. Das Schienennetz sei bereits chronisch unterfinanziert und wichtige Projekte, wie der Ausbau der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung, noch immer nicht finanziell gesichert. „Es ist einfach nicht hinnehmbar, dass die Gewinnabschöpfung im löchrigen Bundeshaushalt versikkert, während die Reisenden, aber auch die Mitarbeiter der Bahn die Zeche zahlen sollen und Sicherheitsstandards womöglich in Gefahr geraten", so die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion. ■

Aktuell

Landesprogramm nicht weiter verschleppen

Der Thüringen-Monitor 2010, eine Studie zu den politischen Einstellungen der Thüringer Bürger, wird im Rahmen einer Regierungserklärung am 18. Juni im Thüringer Landtag diskutiert. Wie die Thüringer Allgemeine vorab meldete, ging einem seit 2004 erkennbaren Trend folgend 2010 der Anteil rechtsextrem Eingestellter auf 13 Prozent zurück. 2008 betrug dieser noch 16 Prozent, davor bis zu 23 Prozent. Der harte Kern mit verfestigten rechtsextremen Einstellungen sank von sechs auf drei Prozent. Der Rückgang seit Mitte des Jahrzehnts gelte für alle Einzeldimensionen des Rechtsextremismus, heißt es in der Studie. Der Thüringen-Monitor will allerdings keine Entwarnung geben. Schwerpunkt der diesjährigen Monitor-Studie stellt jedoch die demographische Entwicklung dar. Konkret geht es darum, wie die einzelnen Generationen ihre Lage einschätzen.

In der Diskussion wird sicherlich die Sprache auch auf das seit Jahren geforderte Landesprogramm gegen Rechtsextremismus kommen, das jetzt Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit heißt, und fraktionsübergreifend im Rahmen einer Arbeitsgruppe vorgelegt werden soll. Nach der letzten Zusammenkunft hatte die stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE, Martina Renner, kritisiert, dass die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung durch die Landesstelle Gewaltprävention im Sozialministerium erhebliche Mängel aufgewiesen habe. „Die zur Beratung eingebrachten Papiere sind viel zu kurzfristig vorgelegt worden und waren noch dazu in wichtigen Teilen unvollständig."

Auch der Versuch, wenigstens die Präambel gemeinsam zu verabschieden, sei gescheitert, da insbesondere die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen ideologisch aufgeladene Formulierungsvorschläge unterbreitet habe, die kritisiert und abgelehnt worden seien. Martina Renner bedauerte, dass damit "die fachlich-sachliche Ebene, die bisher die Arbeitsrunden geprägt hatte, verlassen wurde", und hofft nun sehr, dass der Zeitplan für die Erarbeitung des Landesprogramms „nicht weiter verschleppt wird".

Die LINKE Politikerin forderte Koalition und Ministerium auf, sich entsprechend ihrer Verantwortung für einen spürbaren qualitativen Schub bei der Erarbeitung des Landesprogramms für Demokratie und gegen Rechtsextremismus einzusetzen. ■

Kommentiert:

von Martina Renner

Angriff auf Bürgerrechte

Die Anhörung im Innenausschuss zu der für nächstes Jahr geplanten Volkszählung unterstützt unsere Position der grundsätzlichen Ablehnung der geplanten Vollerfassung der persönlichen Daten im Rahmen des Zensus 2011.

Während die kommunalen Spitzenverbände überwiegend fiskalische und arbeitsorganisatorische Gründe nennen, stehen bei zahlreichen anderen Angehörten verfassungsrechtliche Gründe für die Ablehnung im Mittelpunkt. Auch die durch den AK (Arbeitskreis) Vorratsdatenspeicherung angekündigte Ver-fassungsklage gegen den Zensus bestärkt uns in unserer Ablehnung der Volkszählung bei der Beratung zum Ausführungsgesetz im Landtag.

Unsere Kritikpunkte sind z.B. die Repersonalisierbarkeit und die fehlende Zweckbindung der erhobenen Daten, vor allem aber der Eingriff in den persönlichen Kernbereich durch Erfassung weltanschaulicher und religiöser Einstellung. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wird der Datensammelwut geopfert!

Die Thüringer Linksfraktion schlägt vor, im Ausführungsgesetz festzuschreiben, dass sich Thüringen nicht am Zensus 2011 beteiligt. Dies ist auch deshalb gerechtfertigt, weil die geplante Volkszählung verfassungsrechtliche Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dem Volks-zählungsurteil aus dem Jahr 1983 unterschreitet. Zudem geht der in der Bundesrepublik geplante Zensus über das von der EU beschlossene Maß hinaus.

Der Angriff auf Bürgerrechte durch die Volkszählung muss abgewehrt werden. Wir sind uns sicher, dass das Bundesverfassungsgericht die Datensammlung in die Schranken weist.

Der AK Vorratsdatenspeicherung hatte bereits erfolgreich gegen die massenhafte Speicherung von Telekommunikationsverbindungsdaten vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt.

Informationen zur angekündigten Verfassungsbeschwerde sind zu finden unter *www.zensus11.de.* ■

KURZ UND PRÄGNANT

Arm trotz Arbeit

Nach wie vor sind in Thüringen über 100 000 Menschen auf ergänzende Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) angewiesen. „Diese Menschen sind arm trotz Arbeit. Es bedeutet für sie Demütigung und Angst vor dem Verlust des Niedriglohnjobs und letztendlich den weiteren sozialen Abstieg. Bei all der Euphorie über sinkende Arbeitslosenquoten in Thüringen darf man die Struktur und die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht außer Acht lassen“, mahnte MdL Ina Leukfeld. Sie wies darauf hin, dass es im Freistaat ausreichend Potenzial gebe, um öffentlich geförderte Beschäftigung als Alternative zu Langzeitarbeitslosigkeit und Ein-Euro-Jobs zu installieren. „Mit dem Thüringer Landesarbeitsmarktprogramm müssen jetzt die Weichen gestellt werden, um zusätzliche Arbeitsplätze in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu schaffen.“ ■

Flüchtlinge verängstigt

„Dass das Lager für Flüchtlinge in Katzhütte endgültig geschlossen wurde, war längst überfällig. Die Art und Weise, wie das das geschah, ist allerdings ein weiterer Beleg für den unsensiblen Umgang mit Menschen“, so MdL Sabine Berninger. Nachdem es zuvor offensichtlich zu Sachbeschädigungen in der Einrichtung gekommen sei, war „kurzerhand angeordnet worden, dass am 3. Juni alle Flüchtlinge auf andere Einrichtungen in Thüringen verteilt werden. Sie wurden in die Entscheidung nicht einbezogen, Verlassensgenehmigungen wurden nicht mehr erteilt, den Flüchtlingen wurde ein Tag zum Packen ihrer Sachen eingeräumt und ihnen war bis zuletzt unklar, wo und mit wem sie zukünftig leben werden. So wurden Flüchtlinge, die ohnehin nicht mit einem sicheren Aufenthalt leben, zusätzlich verunsichert und verängstigt“. ■

CDU „von gestern“

Die Absage der CDU an eine Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen in Thüringen hat MdL Katharina König kritisiert. Der Antrag der Grünen wird derzeit im Innenausschuss verhandelt. Mit ihrer Ablehnung zeigte die CDU ein weiteres Mal, „wie wenig sie an den Belangen der jungen Generation interessiert ist“. Die Begründung, Jugendliche seien noch nicht reif und wollten auch selbst nicht mitwählen, sind „selektiv und von gestern“. Die CDU könnte jedenfalls in eine schwierige Lage kommen, denn neben den Grünen und der LINKEN hat auch die SPD im Innenausschuss diesen Vorstoß unterstützt. Gemeinsam hätten diese drei Fraktionen eine Mehrheit im Landtag. ■

FDP wird immer mehr zu „einem Standortrisiko“ auch für Thüringen

Linksfraktion unterstützt Aufstockung der Thüringer Opel-Bürgschaft auf 68 Millionen Euro

Die Entscheidung von Bundeswirtschaftsminister Brüderle (FDP), Staatshilfen für Opel abzulehnen, bezeichnete Bodo Ramelow als skandalös. Damit gehe „die elende Hängepartie für die Opel-Beschäftigten weiter“. Diese war auch Thema in der Fraktionssitzung der LINKEN am 9. Juni sowie beim dortigen Gespräch mit dem Thüringer Wirtschaftsminister Matthias Machnig (unser Foto). Die Standortentscheiung und Zukunft von Opel ist auch in dieser Woche Thema im Landtag.

Wie der Vorsitzende der Linksfraktion betonte, war die Debatte mit Machnig „erfreulicherweise von vielen gemeinsamen Einschätzungen zu Sachfragen geprägt. Die natürlich ebenso vorhandenen Differenzen, insbesondere bei den grundsätzlicheren Fragen nach Ursachen der gegenwärtigen Krise, haben wir im Sinne eines konstruktiven Gesprächs weitgehend ausgeklammert. Schließlich geht es gegenwärtig in erster Linie um die Solidarität mit den Opel-Beschäftigten“.

Offenbar habe „der rheinhessische Winzermeister Brüderle die Opel-Bürgschaft aus parteitaktischen Gründen versagt“. Bodo Ramelow bezeichnete es als „völlig unverantwortlich, dass die Koalition ihre Ränkespiele auf diese Weise fortsetzt“. Hier gehe es „nicht um ‚Rumpelstilzchen‘ und ‚Gurkentruppen‘, sondern um die Zukunft von vielen tausend Arbeitsplätzen. Die Begründung, mit der Brüderle die Hilfe verweigert, hält nicht einmal der FDP-internen Logik stand (von objektiven Argumenten ganz zu schweigen): Vor einem Jahr hieß es noch, dass deutsche Unterstützungsgelder auf keinen Fall in die USA fließen dürften. Inzwischen ist GM in Amerika quasi verstaatlicht und die Bundesregierung erwartet, dass mit dem US-Geld die Standorte in Deutschland gesichert werden.“

Am Sonnabend beim Bühnenprogramm der Linksfraktion anlässlich des Landtages der offenen Tür war Opel natürlich auch Thema. Beifall für Bodo Ramelow als er die FDP angesichts ihrer starren Haltung gegenüber Landesbürgschaften als ein „echtes Standortrisiko für Thüringer Industriebetriebe“ bezeichnete.

Nachdem die vier Opel-Länder nun zugesagt haben, ihre Bürgschaften aufzustocken, gibt es wieder Hoffnung für die Opel-Beschäftigten. Die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht kündigte die Aufstockung der Thüringer Opel-Bürgschaft auf 68 Millionen Euro an, was von einer Landtagsmehrheit getragen wird. DIE LINKE unterstützt die Regierung in ihrem Vorhaben, Eisenach als Opel-Standort zu erhalten. ■

Arbeitsbesuch in der Gedenkstätte Buchenwald

Am 2.Juni hatte sich eine Delegation der Linksfraktion im Thüringer Landtag mit dem Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Dora, Prof. Volkhard Knigge, zu einem Arbeitsgespräch verabredet. Von Seiten der Fraktion nahmen die Abgeordneten Dr. Birgit Klaubert, Martina Renner, Sabine Berninger und Dr. Gudrun Lukin am Gespräch teil. Im Zentrum standen aktuelle Fragen der Arbeit der Gedenkstätte und der Stiftung, ihrer Finanzierung und konzeptionellen Entwicklung.

Als gravierendes aktuelles Problem hob Prof. Knigge den baulichen Zustand der Mahnmalanlage hervor. Bis hin zum Bauuntergrund des Mahnmals, der Straße der Nationen und der Treppenanlagen besteht hier ein tiefgehender Sanierungsaufwand, der nur sehr schwer geschultert werden kann. In Dora gehe es derzeit darum, die Annäherung an den historischen Zustand weiter zu treiben, was etwa die Lagergrenzen und die Barackenfundamente angeht. Der Schwerpunkt hier liegt in der unbedingten Notwendigkeit, die derzeit bestehende Situation in den historisch wichtigen, mit Wasser vollgelaufenen Stollensystemen zu erhalten, da sonst unweigerlich der konservatorische Verlust vieler Geschichtszeugnisse die Folge wäre.

Prof. Knigge betonte auf Nachfrage die entscheidende Rolle gedenkstättenpädagogischer Arbeit mit wachsendem Abstand von der Generation der Zeitzeugen, die auch einen entsprechenden Personalaufwand rechtfertige. Er sagte: „Es ist wichtig, bauliche Zeugnisse zu erhalten, aber sonst ist es das eindeutige Verständnis der Stiftung, lieber in Köpfe als in Stein zu investieren.“

Nicht zuletzt sei es wichtig, den aufkommenden Nationalisierungstendenzen auch in Europa entgegenzuwirken. In der Konzeption von Gedenkstättenarbeit sei Buchenwald- Dora wichtig gewesen, weil sich etwa die Sammlung von historisch wichtigen Zeugnissen als Aufgabe der NS-Gedenkstätten auch im Westen Deutschlands erst nach 1990 im gesamtdeutschen Diskurs entwickelt habe.

„Gedenken braucht Wissen über Ursachen und Umstände, die ein Geschehen hervorrufen oder befördern. Wer nur emotionalisiert, leistet der Manipulation Vorschub“, so der Wissenschaftler. Das Interesse an Buchenwald entwickle sich sehr positiv, fasste er zusammen, auch außerhalb Thüringens und selbst Deutschlands. Schulische Gruppen aus Thüringen, Hessen und Bayern bildeten einen Besucherschwerpunkt.

Einen weiteren Schwerpunkt des Gespräches bildete eine Petition, mit der die in Buchenwald beschäftigten Wachleute aktuell gegen die im Zuge ihrer Ausgliederung aus dem Gedenkstättenpersonal 1999 erfolgte Abstufung ihres Stundenlohns um etwa 50 Prozent vorgehen wollen. Sodann erörterten die Gesprächsteilnehmer Einzelfragen, so zu den Aktivitäten lokaler Geschichtsinitiativen, etwa um das Jonastal, und tauschten Meinungen zum Stand der offiziellen Bemühungen im Land zur DDR-Aufarbeitung aus.

Abschließend wurde für den 27.Oktober eine Fraktionssitzung der Linksfraktion in Buchenwald verabredet, wie Dr. Klaubert – im Foto im Gespräch mit Prof. Knigge –betonte, ein Zeichen, wie wichtig der Gesprächsfaden mit der Stiftung Buchenwald-Dora für die Fraktion ist.

Text und Foto: Steffen Kachel ■

Linksfraktion hatte mit Luc Jochimsen „eine politische Attraktion aufgeboten“

Landtag der offenen Tür mit vielfältigen Informationsangeboten an die Bürger

Den diesjährigen Tag der offenen Tür am 12. Juni nutzten wieder viele Thüringer, um einen Blick hinter die Kulissen des Thüringer Landtags zu werfen. Über 10.000 Menschen fanden, trotz des wechselhaften Wetters, den Weg zum Parlament in Erfurt, um sich politisch zu informieren und von einem bunten Programm unterhalten zu lassen.

Dass die Linksfraktion ihre Bundespräsidenten-Kandidatin eingeladen hatte und sie interessierten Besuchern damit auch die Möglichkeit gab, mit Luc Jochimsen ins Gespräch zu kommen, war den Thüringer Medien doch einige Zeilen wert.

Die Kandidatin der LINKEN für das Bundespräsidentenamt verkörperte am Landtag der offenen Tür in Erfurt „die große Politik“ schrieb z.B. die Thüringer Allgemeine.

Zunächst hatte sie an der Diskussionsrunde zum Thema „Kultur in der Krise?!“ teilgenommen, die DIE LINKE gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Forum angeboten hatte. Im Gespräch mit der kulturpolitischen Sprecherin der Thüringer Linksfraktion, Dr. Birgit Klaubert, hatte Luc Jochimsen betont, dass Kultur in den Kommunen zur Pflichtaufgabe gemacht werden müsse und dass das Staatsziel Kultur ins Grundgesetz gehöre. Beim Bühnenprogramm der Linksfraktion hatte Bodo Ramelow von der „Bundespräsidentenkandidatin der Herzen“ gesprochen, und Luc Jochimsen hatte noch einmal ihre Haltung, ihre Motivation betont: Sie stehe für eine Politik des Friedens, für den Schutz der Schwachen und die Vereinigung Ost/West-West/Ost.

Großen Andrang hatte die Fraktion der LINKEN an ihrem Informationsstand in der Jürgen-Fuchs-Straße und in diesem Jahr besonders auch in ihrem Café im Fraktionssitzungsraum, wo es Kaffee und Kuchen (der schon am frühen Nachmittag zur Neige ging) und vielfältige Informationsmöglichkeiten – auch bei Gesprächen mit Landtagsabgeordneten – gab. Auch die ausgeschenkte rote Brause in zwei Fässern war sehr begehrt bei den Besuchern, darunter viele Familien mit Kindern. ■

A bis Z:

Wahlfrauen und -männer

Im Gegensatz zu den anderen Parteien, die überwiegend Partei- und Landespolitiker als Wahlfrauen und Wahlmänner für die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten am 30. Juni in Berlin nominiert haben, hat die Linksfraktion im Thüringer Landtag – einem Vorschlag des LINKEN Landesvorstandes folgend – für den Wahlvorschlag im Landtag folgende Wahlfrauen und -männer beschlossen.

Dr. Birgit Klaubert,
(MdL, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags)

Elfriede Begrich,
(Pröpstin, parteilos)

Andrea Wagner,
(Gleichstellungsbeauftragte Weimar, parteilos)

Bodo Ramelow,
(MdL, Fraktionsvorsitzender)

Knut Korschewsky,
(Landesvorsitzender, MdL)

Prof. Klaus Dörre,
(Sozialwissenschaftler Jena, parteilos)

Reserve:
Susanne Hennig, (MdL)
Sandro Witt, (DGB, Vorsitzender des Landesausschusses DIE LINKE. Thüringen)
Christian Engelhardt, (Rosa Luxemburg Stiftung) ■

Bildungsstreik

Mit Verweis auf die Studierenden-Proteste sagte MdL Susanne Hennig: „Mit der Bafög-Erhöhung als eines der wenigen Zugeständnisse an den Bildungsstreik wird nur politisches Handeln vorgegaukelt.“ Bildungsblockaden müssen abgebaut werden, was mit marginalen Änderungen beim Bafög nicht zu erreichen sei. Allerdings werde das Anliegen des Bildungsstreiks mit der Konzipierung des Nationalen Stipendiensystems geradezu konterkariert. Gefordert wird vielmehr längeres gemeinsames Lernen schon in der Schule, eine demokratische Bildungslandschaft, die Sicherung der notwendigen finanziellen Ausstattung der Bildungsinstitutionen und vor allem der Bildungszugang für alle. ■

Flughafen

Eine Änderung des Betreiberkonzepts des Erfurter Flughafens hat Bodo Ramelow anlässlich von Meldungen über notwendige höhere Landeszuschüsse gefordert. Zu glauben, dass Erfurt zu einem Weltflughafen würde, „ist und bleibt ein Irrtum, da hilft auch eine Umbenennung in Flughafen Erfurt-Weimar nicht weiter. Am zielführendsten wäre es sowieso, ein mit der mitteldeutschen Flughafengesellschaft abgestimmtes Flughafenkonzept vorzulegen und dabei auch die zukünftigen ICE-Verbindungen zu berücksichtigen“, so der Fraktionsvorsitzende der LINKEN. „Konkurrenz belebt hier nicht das Geschäft, Konkurrenz verschlingt nur Steuermittel. Vernünftiges verkehrspolitisches Handeln ist dringend notwendig.“ ■

Bahnwerkstatt

Mit Verweis auf Ankündigungen der DB Schenker, der Güterverkehrssparte der Bahn, dass die Bahnwerkstatt in Saalfeld deutlich verkleinert und zu einem Instandhaltungsstützpunkt zurückgestuft werden soll, fordert MdL Dr. Gudrun Lukin den Thüringer Verkehrsminister auf, die im Koalitionsvertrag angekündigte Präferierung des Güterverkehrs umzusetzen und den Abbau von Reparaturkapazitäten in Thüringen zu stoppen. Der Erhalt der Saalfelder Reparaturkapazitäten einschließlich der in Saalfeld vorhandenen Arbeitsplätze müsse ein Tagesordnungspunkt im Spitzengespräch mit Bahnchef Grube am 21. Juni sein. Die LINKE Abgeordnete verlangt ein entsprechendes Offensivkonzept. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:
Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags nach der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit vom 18. bis 20. August statt.

„Der Geist von Gotha – Fantasien für den Frieden“: …so der Titel der Veranstaltung am 25. Juni auf Schloss Friedenstein in Gotha im Rahmen der Reihe „Kultur neu denken“, zu der die Bundestagsfraktion und die Thüringer Landtagsfraktion der LINKEN einladen. Nähere Information und Anmeldeformular auf den Internetseiten (siehe unten).

Internet:
Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter:
www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Gegen Vorverurteilung

Der Justizausschuss des Thüringer Landtages hat am 11. Juni die Immunität des LINKE-Abgeordneten Frank Kuschel aufgehoben. Anlass seien staatsanwaltschaftliche Ermittlungen zum Vorwurf der Beamten-Beleidigung bei einem Polizeieinsatz im Erfurter Jugendwahlkreisbüro RedRoXX am 30./31.10.2009. Die Immunität von MdL Susanne Hennig wurde hingegen nicht aufgehoben. Zu diesem Schluss sei der Ausschuss nach intensiven Beratungen gekommen, hatte Bodo Ramelow betont. Die Kritik des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion an der Entscheidung des Ausschusses hat Bodo Ramelow als eine „Unverschämtheit“ zurückgewiesen. Die Äußerungen hätten den Charakter einer fortgesetzten Selbstjustiz – „und das auch von jemandem, der keine Kenntnis von den Grundlagen hat, die zu dieser Entscheidung geführt haben“, betonte der Vorsitzende der Fraktion der LINKEN, der im Gegensatz zum Heym selbst an der Sitzung teilgenommen hatte.

Bodo Ramelow hatte sich erneut gegen die Methoden der Vorverurteilung durch die Landesregierung gewandt, wie sie in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage zu dieser Immunitätsangelegenheit dem Parlament zugeleitet worden waren (DS5/431). Die darin erhobenen Tatsachenbeauptungen seien nicht durch die Realität der Räumlichkeiten des Abgeordnetenbüros gedeckt. ■

Thema im Innenausschuss

Gegen eine „Stigmatisierung und Kriminalisierung unliebsamer Nazi-Gegendemonstranten“ am 12. Juni in Pößneck protestiert MdL Katharina König. Nach einem Aufzug von etwa 100, vorwiegend jugendlichen, Demonstranten gegen den neonazistischen „Thüringentag“ in Pößneck sei es auf der Abschlusskundgebung zu willkürlichen Zugriffen der Polizei gegen mindestens fünf Teilnehmer gekommen. „Die Betroffenen wurden unter Einsatz von Gewalt durch mehrere Beamte einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) aus der Kundgebung gezogen. Der Vorwurf lautete ‚Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen’ (§86a). Die Betroffenen trugen auf ihrer Kleidung das Logo der antifaschistischen Kampagne ‚Good night white pride’, die sich gegen die Unterwanderung linker Musikkulturen durch Neonazis wendet.“ Die LINKE Abgeordnete und Anmelderin der Demo verweist auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs und erwartet, dass die Ermittlungsverfahren gegen die Jugendlichen sofort eingestellt werden. ■

Wilden Kündigungen einen arbeitsrechtlichen Riegel vorschieben

Bodo Ramelow: Gutes Urteil im „Fall Emmely“ am Erfurter Bundesarbeitsgericht

In allen regionalen und überregionalen Medien wurde ausführlich über den „Fall Emmely“ berichtet und über die Revisionsverhandlung am 10. Juni am Bundesarbeitsgericht in Erfurt. Von einem Paukenschlag war die Rede, als am Nachmittag das Gericht sein Urteil verkündete und die Kündigung von Barbara E. alias Emmely wegen der Unterschlagung von zwei Pfandbons verwarf. Auf dem Erfurter Anger feierten rund 100 Menschen mit ihr – darunter Bodo Ramelow, der Fraktionschef der LINKEN (Foto: Paul Wellsow). Die ostdeutsche Kassiererin, die sich schon länger auch gewerkschaftlich engagiert hatte und wohl auch deshalb unter Druck geraten war, will nun zwei Jahre nach ihrer fristlosen Kündigung zurück an ihre alte Arbeit. Schon kurz nach der Urteilsverkündung habe sie Glückwunsch-Nachrichten von ehemaligen Kollegen und Kunden bekommen, sagte sie und dass ihr dieses „Gefühl der Solidarität“ viel Kraft gebe.

Bodo Ramelow, der mit dem Solidaritätskomitee bereits vor der Verhandlung am BAG demonstriert hatte, sprach von einem „guten Urteil“, das über den Einzelfall hinaus weise. Schließlich spiele sich dieser vor dem Hintergrund einer unglaublichen gesellschaftlichen Schieflage ab: „Während Banken- und Fondsmanager die Milliarden verzockten, straffrei ausgehen und noch Millionen Euro als Boni einstecken, während Steuerhinterzieher Straferlass bekommen gegen Zahlung von einigen Hunderttausend Euro ‚Ablass’, werden Arbeitnehmer wegen 1,30 Euro oder wegen drei Maultaschen fristlos gekündigt. So verlieren die Menschen den Glauben an den Rechtsstaat.“

Der LINKEN-Politiker fordert „endlich Reformen im Arbeitsrecht“. Der Gesetzgeber müsse „wilden Kündigungen wegen Bagatellpflichtverstößen bzw. Verdachtskündigungen“ einen Riegel vorschieben, Gerichte müssten bei ihrer Rechtsprechung auch ihrer sozialen Verantwortung nachkommen. Bodo Ramelow kritisierte, dass es in Deutschland noch immer kein einheitliches Arbeitsgesetzbuch gibt und das Arbeitsrecht nur rudimentär sei. „Aber gerade auf diesem existenziell wichtigen Rechtsgebiet, das so viele Millionen Menschen betrifft, muss es endlich transparente und sozial verantwortliche Regelungen geben.“.

Zugleich zeigte sich der LINKEN-Politiker darüber befremdet, dass es das Bundesarbeitsgericht zahlreichen interessierten Zuhörern nicht ermöglicht hatte, der Gerichtsverhandlung zu folgen. Trotz Bitten von Gerichtsbesuchern wurde eine Übertragung auf Videoleinwand oder ähnliches abgelehnt. „Wo bleibt hier der hehre Öffentlichkeitsgrundsatz bei Gerichtsverhandlungen?“, fragte Ramelow und kündigte einen Protestbrief an den Präsidenten des BAG an.

A. Rudolph ■

Das Bürgerbüro informiert: Förderung von Grundstückskläranlagen

Gemäß der am 01.10.2009 in Kraft getretenen Richtlinie zur Förderung von Kleinkläranlagen im Freistaat Thüringen vom 12.08.2009 (veröffentlicht im Thüringer Staatsanzeiger Nummer 34/2009 Seiten 1427-1430) können Besitzer von Grundstücken in Thüringen, deren Wohngebäude auf Grundlage der überarbeiteten Abwasserbeseitigungskonzepte in den kommenden 15 Jahren nicht oder dauerhaft nicht an eine zentrale Kläranlage angeschlossen werden, unter bestimmten Voraussetzungen bei der Sanierung oder Nachrüstung ihrer Kleinkläranlagen eine Förderung erhalten.

Aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten Frank Kuschel (DIE LINKE) durch die Landesregierung (DS 5/1044) geht hervor, dass 29 Prozent der Thüringer Bevölkerung (ca. 660.000 Einwohner) derzeit nicht an zentrale Kläranlagen angeschlossen sind. Die Landesregierung konnte keinen Zeitpunkt nennen, wann mit der Vorlage der überarbeiteten Abwasserbeseitigungskonzepte zu rechnen ist, sicherte aber zu, konkrete Zahlen bekannt zu geben, sobald die entsprechenden Konzepte vorliegen.

Der maximale Fördersatz bei zentralen Kläranlagen liegt bei 65 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Bei Kleinkläranlagen hingegen gebe es keinen Fördersatz, sondern eine Festbetragsfinanzierung, die beispielsweise für den Ersatzneubau einer Kleinkläranlage für 4 Einwohnerwerte 1.500 Euro betrage. Dies kann nach Auffassung der Landesregierung dazu führen, dass bei günstigen Kleinkläranlagen der Fördermittelanteil gleich bzw. höher ist als bei der Förderung einer zentralen Kläranlage.

Die Kritik der Linksfraktion im Thüringer Landtag, dass zentrale Anlagen höher gefördert werden als dezentrale Anlagen, ist damit nicht ausgeräumt. Die Landesregierung legt ihren Betrachtungen nur die Investitionskosten der Anlage an sich zugrunde, lässt die Kosten für Leitungsnetze hingegen gänzlich außen vor. Unter Zugrundelegung der Gesamtinvestitionskosten ergibt sich für zentrale Anlagen ein durchschnittlicher Wert von 3.300 Euro pro Einwohner und für dezentrale Anlage von 1.500 Euro pro Einwohner. Auch die im Landeshaushalt 2010 eingestellten Gelder in Höhe von 80 Mio. Euro für die Förderung zentraler Anlagen und in Höhe von 2 Mio. Euro für die Förderung dezentraler Anlagen sind ein Beleg dafür, dass die Kritik der Linksfraktion angebracht ist.

Bürgerbüro der Linksfraktion im Thüringer Landtag
Telefon: 0361-3772637
E-mail: koelbel@die-linke-thl.de ■

In den Weltmeeren inzwischen sechsmal mehr Plastik als Plankton

Fraktionssitzung der LINKEN und Diskussion zum Dokumentarfilm „Plastic Planet“

Fakten und Zusammenhänge um das Thema Kunststoff, seine Produktion, Verwendung und Entsorgung standen im Vordergrund eines Dokumentarfilmes und einer anschließenden Gesprächsrunde zwischen Abgeordneten der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Thüringen und einem Vertreter der Kunststoff-Industrie nach der Filmaufführung im kommunalen Kinoklub Hirschlachufer in Erfurt.

Der eindrucksvolle Dokumentarfilm „Plastic Planet“, den man sich zunächst gemeinsam angesehen hatte, bezeichnet die Gegenwart als „Plastikzeitalter“, denn der Kunststoff ist überall: vom Babyschnuller bis zur Trockenhaube, von der Quietsche-Ente bis hin zum Auto. In den Weltmeeren finde man inzwischen sechsmal mehr Plastik als Plankton und selbst in unserem Blut sei Plastik nachweisbar.

Die Menge an Kunststoffen, die wir seit Beginn des Plastikzeitalters produziert haben, reiche aus, um unseren gesamten Erdball sechs Mal in Plastikfolie einzupacken. Das Problem ist aber nicht nur die Menge der produzierten Kunststoffe, sondern auch deren Inhalt und der Verdacht, dass sie dramatische Gesundheitsschädigungen verursachen.

Die Allgegenwärtigkeit von Plastik und die daraus resultierenden Folgen für Gesundheit und die Umwelt gaben den Abgeordneten reichlich Material für Ideen und Initiativen, die von Thüringen ausgehen können. Die Vertreter der Linksfraktion waren sich darüber einig, dass auch die Inhaltsstoffe von Plastik-Verpackungen und Plastik-Gegenständen klar deklariert sein müssen. „Wir brauchen eine verbraucherfreundliche Kennzeichnung“, fordert Katja Wolf, Sprecherin für Umweltpolitik der LINKEN.

„Auf dem Weg einer Bundesratsinitiative sollen allgemein verbindliche Nachhaltigkeitskriterien festgelegt werden. Insbesondere geht es um ei-

Bild von links nach rechts: MdL Mike Huster, Alfred Dürrbeck, einer der beiden Geschäftsführer der Gebrüder Dürrbeck Kunststoffe GmbH, MdL André Blechschmidt, Burkhard Vogel, BUND Thüringen.

Umweltverträglichkeit von Erdölprodukten

Anlässlich des Weltumwelttages und vor dem Hintergrund der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko kündigte die Linksfraktion an, eine parlamentarische Initiative auf den Weg zu bringen, um Bundes- und die Landesregierungen zu verantwortungsvollerem und nachhaltigeren Handeln beim Umgang mit Rohöl aufzufordern. „Der Weltumwelttag sollte uns bewusst machen, dass es nur eine Welt gibt, die es zu schützen gilt. Vermeintlich weit entfernte Umweltschäden gehen uns alle an“, ist Katja Wolf überzeugt. DIE LINKE bereitet einen Plenarantrag vor, der auf die Entwicklung eines deutschlandweiten Zertifizierungssystems für Erdölprodukte abzielt.

nen Herkunftsnachweis, der bei der Ölförderung riskante Technologien, wie die Offshore-Bohrung in sehr großen Tiefen, ausschließt“, erläuterte die LINKE Abgeordnete das Anliegen. Außerdem soll eine Rückverfolgbarkeit der Erdölprodukte von der Förderung über den Transport, die Lagerung und die Verarbeitung möglich werden.

Ein solches transparentes System kann nach Überzeugung der Abgeordneten Vorbildfunktion für die Biomassenutzung für Wärme, Strom und Kraftstoffe haben. Sie verweist darauf, dass seit Beginn dieses Jahres dazu eine europäische Richtlinie und für Deutschland eine entsprechende Verordnung auf den Weg gebracht werden konnten.

Diana Glöckner ■

Black Box wies Innenausschuss auf PPP-Geheimverträge hin

Anlässlich der am 11. Juni gestarteten attac-Kampagne gegen die Finanzierung öffentlicher Bauvorhaben durch sogenannte PPP-Modelle (public privat partnership) und den damit im Zusammenhang stehenden bundesweiten „Aktionstagen gegen Geheimverträge“ hatte die Linksfraktion mit einer begehbaren Black Box vor Beginn der Sitzung des Innenausschusses auf die Problematik der Undurchschaubarkeit der vertraglichen Grundlagen derartiger Finanzierungsgeschäfte hingewiesen.

Abgeordnete und weitere Teilnehmer der Sitzung, die sich auf Antrag der Linksfraktion mit der PPP-Problematik beschäftigt hatte, sollten beim Probesitzen in der Black Box die beklemmende Situation nachempfinden, auf die Kommunalvertreter beim Einsehen von PPP-Verträgen treffen. In der Regel ist es ihnen nicht gestattet, Notizen, Kopien o. ä. anzufertigen.

Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion, bezeichnet dies als einen Eingriff in grundlegende Informationsrechte eines Abgeordneten und fordert gleichzeitig ein Verbot für das Eingehen von mit PPP-Verträgen einhergehenden Finanzierungsrisiken. Er kritisiert u. a. den Einredeverzicht und die viel zu langen Laufzeiten der Verträge, die „eine indirekte Verschuldung öffentlicher Haushalte bewirken“. „DIE LINKE im Thüringer Landtag versteht sich als Partner des globalisierungskritischen Netzwerkes attac und hat zum Kampagnenstart der Aktionstage gegen Geheimverträge gern beigetragen“, unterstrich Frank Kuschel, der bereits im April die Speakertour von attac begleitet hatte.

Informationen zur bundesweiten Kampagne unter:
http://ppp-irrweg.de. ■

Kurz und Prägnant

Hartz IV-Klageflut

Mit Blick auf Jahresbericht 2009 zur Situation an den Thüringer Sozialgerichten unterstrich MdL Ralf Hauboldt, „dass die immer weiter steigende Flut von Hartz-IV-Klagen der beste Beleg ist für die Richtigkeit der Forderung: Hartz IV muss weg! Die Probleme haben ihre Ursachen nicht bei den Gerichten, sondern in den Regelungen des SGB II“. Der LINKE Justizpolitiker erwartet endlich eine verstärkte Debatte um Sinn und Unsinn des SGB II. Die Thüringer Landesregierung sei hier bisher leider viel zurückhaltender als andere Landesregierungen. Hartz IV treibe die Menschen so sehr in Existenznot, dass als Rettung nur der Weg zu den Gerichten bleibe. Mittlerweile habe auch das Bundesverfassungsgericht bestätigt: Hartz IV ist Armut per Gesetz und verletzt die Menschenwürde. „Die rechtlichen Problemlagen im SGB II und im Verfahrensrecht dürfen nicht auf Kosten der Betroffenen gelöst werden“, mahnte der Abgeordnete und sprach sich gegen Pläne zur Abschaffung des sozialrechtlichen Überprüfungsantrages auch mit Blick auf die angedachte Pauschalierung von Hartz-IV-Wohnkosten aus. Angesichts der rasant ansteigenden Klagezahlen müsse auch für ein praktikables Krisenmanagement an den Sozialgerichten gesorgt werden. ■

Leistungsfähige Gemeinden

Die jetzt durch den Landtag gesetzlich zu regelnden Gemeindeneugliederungen bezeichnete MdL Frank Kuschel als „einen Offenbarungseid der Landesregierung in Sachen Schaffung leistungsfähiger Gemeindestrukturen. 2,5 Mio. Euro Landesmittel stellen einen hohen Preis für die angestrebten Gemeindezusammenschlüsse dar, die bis auf einzelne Ausnahmen keinesfalls leistungsfähige Strukturen für die Zukunft bewirken. Wenn selbst die Landesregierung einräumen muss, dass das vorgelegte Gesetz kein großer Wurf und allenfalls ein erster Schritt ist auf dem Weg hin zu einem weit entfernten und immer noch unklaren Ziel, wird deutlich, dass eine Diskussion um klare und eindeutige Kriterien für zukunftsfähige und leistungsstarke Gemeindestrukturen auf gesetzlicher Grundlage dringend notwendig sind“, betonte der Kommunalpolitiker der Linksfraktion und unterstrich, dass Strukturreform und Bürgernähe sich nicht ausschließen. „Die Bürgerinnen und Bürger sind in einem Prozess künftiger Neugliederungen von Beginn an einzubeziehen und dieser muss transparent gestaltet werden – auch dann, wenn Ausgangspunkt zunächst keine freiwillige Entscheidung in den Gemeinden ist.“ ■

„Nicht diskutieren, ob Ärztemangel besteht, sondern wie er zu beheben ist“

Dr. Thomas Hartung: Bereit sein, neue Wege zu gehen und uns andere Fragen zu stellen

Der Ärztemangel war ein Thema in der Landtagssitzung im vergangenen Monat. In der Debatte ergriff für die Linksfraktion Dr. Thomas Hartung das Wort. Folgend Auszüge aus seiner Rede:

Haben wir einen Ärztemangel? Jeder Patient mit Schmerzen, der normalerweise zwei, drei oder vier Wochen auf einen Termin bei einem Orthopäden wartet, wird diese Frage allein als Hohn empfinden.

(Zwischenruf Abg. Hennig, DIE LINKE: Monate!)

Ich habe einen Freund, der ist als Orthopäde tätig, der bietet einmal pro Woche eine Sprechstunde für Notfälle an, die Schmerzen haben, die keinen Termin haben. Da kommt es vor, dass er seine Praxis durch das Fenster betreten muss, weil ab zwei Stunden vor Beginn der Sprechstunde mehrere hundert Patienten vor seiner Tür stehen und darauf hoffen, noch dranzukommen. Das ist Ärztemangel.

Weimar, wo dieser Mann praktiziert, ist eine Region, da soll theoretisch eine Überversorgung stattfinden. Das ist vollkommen unrealistisch. Der Maßstab, der angesetzt wird, ist eine Anfang der 90er-Jahre erlassene Bedarfsplanung, die seitdem auch nicht wieder überarbeitet worden ist. Das heißt, unsere demographischen Verhältnisse in Thüringen haben sich wesentlich verändert und jeder Mensch weiß, dass ältere Leute mehr ärztliche Zuwendung benötigen als jüngere Leute. Dem wird aber nicht Rechnung getragen.

Genauso wenig wird der Tatsache Rechnung getragen, dass diverse sogenannte Gesundheitsreformen in den letzten Jahren den Ärzten verbieten, so viele Patienten zu behandeln, wie sie nur können. Das dürfen sie einfach nicht, denn sie haben eine Budgetierung. Das bedeutet wiederum, dass selbst da, wo ein Mangel behoben werden könnte, dieser nicht behoben werden kann. Wie gesagt, dieser Bedarfsplan ist veraltetet, er muss angepasst werden.

Nur eine wesentliche Tatsache bewahrt uns davor, ein großes Problem zu haben; das ist nämlich die, dass zunehmend Ärzte bereit sind, deutlich über ihr Pensionsalter hinaus zu arbeiten. Wir haben eine größere Zahl von Kollegen über 65, teilweise über 70 Jahre, die immer noch in ihren Praxen sitzen, die teilweise sich zu mehreren eine Praxis teilen, einfach um die Versorgung aufrechtzuerhalten. Das kann aber doch nicht die Lösung sein.

Wer diese demographische Entwicklung, die Entwicklung des Gesundheitssystems ignoriert und den Bedarfsplan nicht anpasst, der riskiert es, dass die medizinische Versorgung unserer Bürger flächendeckend gefährdet ist. So weit sind wir heute schon.

Nach dem derzeitigen Bedarfsplan gibt es kaum Regionen in Thüringen, wo wir Mangel haben. Wir haben sogar relativ viele Regionen, wo es „zu viele Ärzte“ gibt. Das heißt 600 Ärzte zu viel nach Plan. Leider hält sich die Realität nicht an den Plan, denn es gibt keine einzige Region in Thüringen, wo man nicht auf Termine beim Augenarzt wartet, wo man nicht auf Termine beim Orthopäden wartet, wo man nicht auf Termine beim internistischen Spezialisten wartet. Zwei, drei, vier Monate ist vollkommen normal – flächendeckend in Thüringen. Das ist Ärztemangel. Wir sollten hier nicht darüber diskutieren, ob wir einen Ärztemangel haben, den haben wir, wir sollten darüber diskutieren, wie wir ihn beheben können.

Wir sollten nach Lösungen suchen; dabei müssen wir einfach erkennen, dass die jetzt von Herrn Dr. Rösler, dem Bundesminister für Gesundheit, vorgeschlagenen Wege in Thüringen zum Teil schon erfolglos ausprobiert worden sind. Das wird nicht helfen. Wir müssen bereit sein, neue Wege zu gehen. Wir müssen bereit sein, uns andere Fragen zu stellen. Wir müssen auch ehrlicherweise sagen, dass wir uns unangenehme Fragen stellen müssen. Wir müssen uns fragen, ob wir uns als Bundesrepublik Deutschland auf Dauer einen doppelten Facharztstandard leisten können. (…) ■

Laufend besser: LINKE Mannschaft beim Unternehmenslauf in Erfurt

„Am Ende waren alle Spitze in der Hitze“, so das Fazit in der Thüringer Allgemeinen zum 2. Thüringer Unternehmenslauf am 9. Juni in der Erfurter Altstadt. Der Andrang der Läufer war fast ebenso groß, wie der der Zuschauer. Unter den mehr als 2300 Teilnehmern aus knapp 200 Unternehmen im Freistaat – im vergangenen Jahr waren es noch knapp die Hälfte – schlug sich die Mannschaft aus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag auf der aufgeheizten Fünf-Kilometer-Strecke tapfer. Die sechs LINKEN Frauen und Männer liefen am Ziel auf dem Domplatz im guten Mittelfeld ein.

v.l: D. Kölbel, T. Kummer, D. Ward, B. König, K. Schurtzmann, K. Wolf ■

Wer braucht die SPD?

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel bereite sich mittels einer „Operation Kanzleramt“ darauf vor, bald Regierungschef zu werden. Hier, in der Bundesrepublik, wohlgemerkt. Das war jüngst im Onlineableger eines einst angesehenen Nachrichtenmagazins zu lesen. Treffender lässt sich der Niedergang des Journalismus kaum illustrieren, könnte man angesichts solcher Mutmaßungen analysieren oder sich zumindest über das Zustandekommen des Artikels wundern, denn so heiß war es in den letzten Tagen nicht. Und einmal ehrlich: wer braucht eigentlich die SPD?

Während Gabriel, früher „Popmusikbeauftragter“ seiner Partei, womöglich wirklich daran arbeitet, Kanzlerschaft zu werden, beweist seine Parteifreundin Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen, was droht, wenn die SPD die Chance zur Regierungsbildung erhält: totale Politikunfähigkeit. Vier mögliche Konstellationen, Ministerpräsidentin zu werden, reichen der wackeren Frau Kraft nicht aus. Professioneller Politikbetrieb sieht anders aus. Sonst Chamäleonpartei, demonstriert die SPD dort politische Sklerose im Endstadium.

Auch dem vermeintlichen Coup, Joachim Gauck zur Bundespräsidentenwahl zu nominieren, fehlt jenseits des Populismus das strategische Element. Hier sollte sich Gabriel vom grotesk gesteigerten Medienhype (vom „Freiheitspapst Joachim Gauck“ halluziniert der Spiegel, ein paar Oktaven schmieriger ernannte die SuperIllu Gauck zum „Bundespräsidenten der Herzen“) nicht täuschen lassen. Gauck hätte, wie er sagt, auch für CDU und FDP kandidiert. Eine große Mehrheit der Menschen möchte keinen Bundespräsidenten, der angesichts der Auswirkungen der kapitalistischen Krise die Eselei äußert, die Wirtschaft habe keine strenge Zähmung, sondern vor allem Freiheit nötig. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Annegret Brosemann
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTs keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.